

**Protokoll:**

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig teilt mit, dass im Rahmen der Auslobung des Hallenbadgeländes fünf Interessenten die Auslobungsunterlagen angefordert hätten. Bis zum 01.03.2014 müssten nun ein Kaufpreisangebot und ein Konzept vorgelegt werden. In der Sitzung des Stadtrates am 22.05.2014 solle eine Entscheidung über die vorliegenden Angebote getroffen werden.

Zum Neubau der Synagoge führt Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig aus, dass das Interesse der jüdischen Gemeinde nicht dem Schwimmbadgelände gelte, sondern der sog. Freifläche Weißer Gasse. Bei einer Untersuchung des Grundstückes sei festgestellt worden, dass das Geländeprofil sich durch die Ablagerung von Kriegsschutt ergebe. Aus diesem Grunde sei das Gelände zur Bebauung nur geeignet, wenn ein Gutachten in Verbindung mit Schadstoffuntersuchung und Kampfmittelsondierung erfolge. Dieses sei in Auftrag gegeben, mit dem Ziel, noch vor Ostern zu erfahren, ob das Gelände zu einem vernünftigen Preis für die Errichtung der Synagoge geeignet ist.

Sei das Ergebnis negativ, würden die Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Vermarktung, ggf. im Zusammenhang mit dem Hallenbadgelände, geprüft.

Der Architekt der jüdischen Gemeinde habe den Vorschlag aufgegriffen, sich nicht nur auf das in Rede stehende Grundstück zu beschränken, sondern zu prüfen, ob auch an einem Standort ohne Bodenprobleme eine Umsetzung möglich sei. Es sei verabredet, dass man die Gespräche fortführe, sobald das Ergebnis des Bodengutachtens vorliege und der Architekt die Prüfung einer konkreten Alternative vorgelegt habe. Zu der Frage der Mitfinanzierung des Landes sei zwischenzeitlich mitgeteilt worden, dass das Land es für denkbar halte, das Projekt bis zu einem Drittel mitzufinanzieren. Seitens des Landes werde von der jüdischen Gemeinde die Vorlage eines Investitionsplans und eines Betriebskostenkonzeptes verlangt.

Dies sei auch seitens der Stadt in den Gesprächen mit der jüdischen Gemeinde gefordert worden, woraufhin diese darauf verwiesen habe, ein Konzept erst nach Klärung der Standortfrage vorlegen zu können.

In den Verhandlungen sei deutlich gemacht worden, dass man selbstverständlich die Errichtung einer neuen jüdischen Synagoge im Bereich der Innenstadt begrüßen und auch nicht nur ideell, sondern ggf. auch materiell, unterstützen werde. Die Höhe der Unterstützung sei Sache des Stadtrates, allerdings werde ein Zuschuss der Stadt mit höchster Wahrscheinlichkeit nicht höher ausfallen als der Landeszuschuss. Demzufolge müsse die jüdische Gemeinde mindestens ein Drittel der geschätzten Baukosten erbringen.

In den bisherigen Gesprächen sei mitgeteilt worden, dass die jüdische Gemeinde über kein nennenswertes Vermögen verfüge und man daher seitens der jüdischen Gemeinde beabsichtige mit dazu beizutragen, dass ein Förderverein entstehe, der sich um Spenden bemühe. Dies begrüße die Verwaltung ausdrücklich. Diese Entwicklung sei abzuwarten, bevor man dem Stadtrat ein städtisches Vorgehen empfehle.

Klar sei, dass, wenn man sich entscheide der jüdischen Gemeinde das städtische Grundstück zu überlassen, auch hier das übliche Verfahren gelte. Man werde die Werthaltigkeit des Grundstückes zu taxieren haben und dann bedürfe es eines Stadtratsbeschlusses, das Projekt mit dieser Werthaltigkeit ggf. zu unterstützen. Dies betreffe auch evtl. anfallende Herstellungskosten des Grundstückes, wenn es bei dem Standort Weißer Gasse bleibe. Diese könnten sehr erheblich sein und im sechsstelligen, ggf. im siebenstelligen Bereich liegen.

Sollte der Stadtrat sich entschieden dies als geldwerten Anteil zu erbringen, gehe dies in die Gesamtkostenrechnung als städtischer Zuschuss mit ein.

Oberbürgermeister Prof. Dr. Hofmann-Göttig betont, der jüdischen Gemeinde ausdrücklich den Hinweis gegeben zu haben, nicht davon ausgehen zu können, dass diese Dinge gesetzt seien. Diese Dinge müssten vorbereitet werden und einer systematischen Entscheidung durch den Stadtrat zugeführt werden.

Rm Altmaier (SPD) dankt der Verwaltung für die aus seiner Sicht gute Vorarbeit zu diesem Projekt. Wenn man es schaffe aus der Bevölkerung eine Bewegung zu schaffen, die sich in einem Förderverein aktiv beteilige, sei es sinnvoll, dass dies auch durch den Stadtrat und den Stadtvorstand unterstützt werde.

FBG-Fraktionsvorsitzender Gniffke fragt, ob der Verwaltung bekannt sei, dass sich unter dem Schutthügel ein Teil des Dominikanerfriedhofes befinde.

Herr Hastenteufel (Amt 61) bestätigt, dass dies der Verwaltung bekannt sei und man dies für die Planungen berücksichtige.